

## Zwischen Systemkonformität und -opposition

Der Deutsche Bauernverband und die politische Eingliederung der Bauernschaft in die Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger Jahren

Schon oft ist das ›Ende der Bauern‹ verkündet worden. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich beim Übergang vom Agrar- zum Industriestaat die Zahl der Bauern und Bäuerinnen – bei gleichzeitig steigender Produktivität – dramatisch verringert, so dass in der Landwirtschaft Erwerbstätige zu einer Randgruppe in der industriellen Gesellschaft geworden sind. Doch trotz des zahlenmäßigen Rückgangs kann nicht von der Bedeutungslosigkeit oder gar vom ›Verschwinden der Bauern‹ gesprochen werden. Viel eher ist eine Neudefinition ihrer Rolle notwendig, die eine erweiterte Perspektive auf bäuerliche Arbeits- und Lebensweisen eröffnet. Auch in den am weitesten entwickelten Industriestaaten blieb der Einfluss der agrarischen Interessenvertretung auf höchster politischer Ebene unverändert groß, allen Zahlen über den sinkenden Beitrag der Landwirtschaft zur Volkswirtschaft zum Trotz.<sup>1</sup> Die politische und finanzielle Unterstützung des Agrarsektors hat in modernen Industriegesellschaften eher an Bedeutung gewonnen und beruhte lange Zeit auf dem Konsens der verschiedenen Parteien und Interessenvertreter. Explodierende Kosten auf europäischer Ebene haben erst in jüngster Zeit zu Forderungen nach einer grundlegenden Reform der Agrarpolitik geführt, die jedoch wegen des heftigen Widerspruchs von Seiten der landwirtschaftlichen Interessenvertreter in absehbarer Zeit kaum durchführbar zu sein scheint. Die Vehemenz, mit der die Diskussion um eine angemessene Agrarpolitik immer wieder geführt wird, weist auf die Brisanz des Themas hin.

In den fünfziger Jahren wurde der bereits im 19. Jahrhundert begonnene ›Strukturwandel‹ für die ländliche Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in besonderem Maß spürbar. Der zahlenmäßige Rückgang des Agrarsektors war jedoch kaum von Protestbewegungen begleitet.<sup>2</sup> Weder wanderten große Teile der bäuerlichen Bevölkerung in das rechtsextreme politische Spektrum ab, noch wurden sie zu Gegnern der Republik, wie dies in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren der Fall gewesen war. Damals hatte sich insbesondere in Norddeutschland der Bauernprotest radikalisiert, und Bauern und Großagrарrier trugen entscheidend zum politischen Zerfall der Weimarer Republik bei.<sup>3</sup> Bundesdeutsche Politiker aller Par-

teien waren sich der potenziellen Gefahr der Radikalisierung der Bauernbewegung in den fünfziger Jahren sehr wohl bewusst. Angesichts des historischen Ballastes und der vielfältigen Probleme in der Nachkriegszeit war die demokratische Einbindung des Bauernstandes, ebenso wie die erfolgreiche soziale Eingliederung von Flüchtlingen in die westdeutsche Gesellschaft und insbesondere auch in die Landwirtschaft, nicht unbedingt zu erwarten. Wie ist Politikern, Interessenverbänden sowie Bauern und Bäuerinnen der Balanceakt zwischen Systemkonformität und -opposition in den fünfziger Jahren gelungen?

Antworten auf diese Frage müssten ökonomische, politische und soziokulturelle Aspekte berücksichtigen. Das besondere Augenmerk dieses Aufsatzes richtet sich auf die politische Bauernbewegung, insbesondere auf den 1948 gegründeten *Deutschen Bauernverband* (DBV) und dessen großen Einfluss auf die bäuerliche Bevölkerung einerseits und die politische Elite andererseits.<sup>4</sup> Zur Untermauerung seiner Ziele bediente sich der DBV – insbesondere seit Mitte der fünfziger Jahre unter der Führung von Edmund Rehwinkel<sup>5</sup> – traditioneller und rechtsradikaler Bauerntumsideologien, die an die Programme der Bauernbewegungen der zwanziger Jahre erinnerten. So wurde das Bild des Bauern als ein von Industrialisierung und Modernisierung bedrohtes »Relikt bodenständigen Deutschtums« beschworen und lautstark der Schutz des Bauerntums vor den »zersetzenden Kräften« der modernen Industriegesellschaft gefordert. Angesichts der Macht der Agrarlobby ist es doch erstaunlich, wie erfolgreich der DBV trotz der sinkenden Bedeutung des Agrarsektors seine Forderungen durchsetzen konnte und wie weitreichend die Absicherung der Landwirtschaft gelang. Dieser Einfluss verringerte sich auch nicht im Zuge der Europäisierung der Agrarpolitik in den sechziger Jahren. Er veränderte sich nur qualitativ, indem der DBV nun stärker auf das Landwirtschaftsministerium einwirkte, welches die deutschen Interessen in Brüssel vertrat.

Bis heute bildet der Agrarsektor einen überdurchschnittlich stark organisierten Berufszweig. In den fünfziger Jahren waren 90 Prozent der hauptamtlichen Landwirte Mitglieder in landwirtschaftlichen Interessenorganisationen, die im DBV als Spitzenverband zusammengefasst waren.<sup>6</sup> Der DBV nimmt eine Monopolstellung innerhalb der agrarischen Interessenvertretung ein. Als Akteure fungieren nicht einzelne Personen, sondern die untergeordneten Landes- und Fachverbände. Die mitgliederstärksten Verbände besitzen aufgrund des Wahlverfahrens den größten Einfluss im Präsidium. Auf diese Weise wird das Vorgehen der Verbandsspitze durch ein hierarchisches Delegiertenprinzip gesichert; Konflikte werden auf der Ortsebene ausgetragen, und Interessenkollisionen können auf höheren Ebenen zugedeckt werden. Kleinere, alternative Bauernverbände führten ein Schattendasein und haben es langfristig nicht geschafft, neben dem DBV zu bestehen.<sup>7</sup>

Trotz großer sozialer Unterschiede innerhalb der Berufsgruppe gelang es dem DBV, sich als Vertreter *aller* Bauern und Bäuerinnen darzustellen. Dazu trug zum einen das Bild bei, das der Bauernverband von den Landwirten zeichnete. Die Bauernschaft wurde als eine benachteiligte und marginalisierte Minderheit in der mo-

dernen Industriegesellschaft dargestellt. Da hieß es, sie seien die ›Opfer‹ der Industrialisierung, die ohne den Schutz der Bauernvertretung schon längst von der politischen Bühne verdrängt worden wären. An anderer Stelle wurden sie als »Stiefkinder« des Wirtschaftswunders bezeichnet,<sup>8</sup> die nur durch gemeinsame Organisation ihrer Interessen vor dem Untergang gerettet werden könnten. Diese angebliche Schutzbedürftigkeit hat zur Bildung einer kollektiven Identität beigetragen, die sich auch in Studien zum gesellschaftlichen Bewusstsein der bäuerlichen Bevölkerung widerspiegelt. So spricht die überwiegende Zahl der Befragten immer wieder das Gefühl der Benachteiligung gegenüber anderen Berufsgruppen an.<sup>9</sup> Die Monopolstellung des DBV geht zum anderen auf seine Rolle als Selbsthilfeorganisation für die Landwirtschaft zurück. Weitgefächerte Dienstleistungen des DBV machen ihn attraktiv für seine Mitglieder. Die Kreisgeschäftsstellen bieten Beratung in Rechts- und Sozialfragen sowie Beistand in Steuer- und Buchführungsangelegenheiten an.<sup>10</sup> Regelmäßig erscheinende Veröffentlichungen wie die *Deutsche Bauernkorrespondenz* (DBK) und andere regionale Nachrichtenblätter verbreiten standespolitisch relevante Informationen.<sup>11</sup>

Das Bild, das der DBV vom Bauern zeichnete, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, spiegelte die gleichen Ängste wider, die bereits seit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts von landwirtschaftlichen Interessengruppen verbreitet wurden. Verstädterung und Industrialisierung wurden als die Zerstörer eines besonderen Lebensstils bezeichnet, der mit dem ›Verschwinden der Bauern‹ gefährdet schien. Der kulturelle und soziale Wert eines »gesunden Bauernstandes« wurde schon um die Jahrhundertwende beschworen. DBV-Präsident Edmund Rehwinkel, ein feuriger Redner und Vertreter einer deutschtümelnden Agrarideologie, benutzte gar Bilder und Worte, die an die nationalsozialistische Blut-und-Boden-Ideologie erinnerten.<sup>12</sup> Auch wenn eine ungebrochene Kontinuität mit den Vorstellungen des nationalsozialistischen Reichsernährungsministers Richard Walther Darré von einem ländlichen »Neuadel« oder Heinrich Himmlers Plan der Eroberung und Besiedlung östlichen »Lebensraums« nicht behauptet werden kann, so stellt sich doch die Frage, warum der DBV weiterhin solche ideologiebefrachteten und rückwärts-gewandten Klischees benutzte.<sup>13</sup> Oder anders formuliert: Wie konnte es mit dieser Redeweise gelingen, Bauern und Bäuerinnen in die moderne Industriegesellschaft einzubinden, sie von der Opposition zur Systemkonformität zu bewegen?

Rehwinkels Behauptung, dass das westeuropäische Bauerntum den letzten Schutzwall gegen Kommunismus und sozialistische Landwirtschaft darstellte, war überaus wirkungsvoll.<sup>14</sup> Im Anbetracht der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR stieß die Rede von der Unentbehrlichkeit der Bauernschaft in Westdeutschland auf Gehör. Auch die dramatische Darstellung eines gefährdeten Bauernstandes erfüllte ihren Zweck. Forderungen nach höheren Preisen für landwirtschaftliche Produkte, Steuererleichterungen und Subventionen kamen damit auf die politische Agenda und verwischten die Unterschiede zwischen den Interessenslagen von kleinen Familienbetrieben und Großbauern. Wenn nötig, warnte der DBV auch

die Bundesregierung, eigene Wege zu gehen, falls nicht auf ihre Forderungen eingegangen würde.<sup>15</sup> Die Warnung schloss politische Radikalisierung, Bauerndemonstrationen, Boykotte oder die Gründung einer neuen Bauernpartei ein. Besonders beliebt war der vage, aber bedeutungsvolle Hinweis auf Bauernproteste in der Weimarer Republik oder die Drohung, ländliche Wähler von der CDU abzuwerben.<sup>16</sup> Im Laufe der fünfziger Jahre verstärkte sich die Polemik der Bauernvertretung gegenüber der Bundesregierung. Heftig protestiert wurde gegen die drohende Einschränkung des Schutzes der Landwirtschaft im Zuge der Liberalisierung der Marktwirtschaft, die Europäisierung der Agrarpolitik, mit der die Senkung deutscher Agrarpreise drohte, sowie die durch den ›Strukturwandel‹ hervorgerufene Abwanderung aus der Landwirtschaft, gegen die angeblich nicht hinreichende Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Der DBV war jedoch auch in der Lage, radikale Aktionen, die er oft selbst provoziert hatte, zu kontrollieren und in gemäßigte Bahnen zu lenken. Mit der Formulierung weitreichender, oftmals überzogener Forderungen gelang es dem DBV, die Protesthaltung der Bauern und Bäuerinnen zu instrumentalisieren.

Hat der Bauernverband auf diese Weise zur Integration und Demokratisierung der bäuerlichen Bevölkerung in der deutschen Nachkriegsgesellschaft beigetragen?<sup>17</sup> Meines Erachtens geht diese Schlussfolgerung ein wenig zu weit. Denn der DBV hat weder den ›Strukturwandel‹ noch die notwendige Anpassung direkt angesprochen oder gar erleichtert. Vielmehr vermied er durch die Forderung nach Aufrechterhaltung der hohen Agrarpreise, den Bauern und Bäuerinnen im Prozess der Modernisierung zur Seite zu stehen. Anstatt etwa den Übergang zur Teilzeitlandwirtschaft als eine Alternative darzustellen, wurde ein düsteres Bild der gegenwärtigen Situation an die Wand gemalt. Ängste und Unsicherheiten wurden auf diese Weise eher verstärkt und eine Eingliederung und Demokratisierung nicht unbedingt erleichtert. Die gegenwärtige Lage der Gesellschaft wurde von vielen als bedrohlich empfunden und die Regierung für die Misere in der Landwirtschaft verantwortlich gemacht.<sup>18</sup> In der nichtagrarischen Öffentlichkeit führten die polemischen Verlautbarungen des Bauernverbandes zu Unverständnis gegenüber den Landwirten und zu einer Ablehnung der als überzogen angesehenen Forderungen.<sup>19</sup> Ein Autor kennzeichnet die Reaktionen gar als »moderne Bauernfeindschaft«, die den sozialen Frieden der Bundesrepublik hätte gefährden können.<sup>20</sup> So wurde der Bauer verächtlich als »Kostgänger des Staates« bezeichnet und darüber hinaus das Bild einer politisch reaktionären Gruppe verbreitet.<sup>21</sup> Viele erinnerten sich in den fünfziger Jahren auch an die Hungerjahre unmittelbar nach dem Krieg, als die bevorzugte Ernährungslage der Landbevölkerung Neid und Unmut hervorgerufen hatte.

Trotz dieser Beeinträchtigung des politischen Klimas durch den ideologiebehafteten Diskurs des DBV konnten die Bauern und Bäuerinnen in die westdeutsche Gesellschaft integriert werden und radikalisierten sich auch angesichts massiver Abwanderung aus der Landwirtschaft nicht. Um dies zu erklären, ist ein Blick auf den Einfluss der agrarischen Interessenvertretung auf die Agrarpolitik der fünf-

ziger Jahre notwendig. Aufgrund seiner Machtstellung gelang es dem DBV, seiner Klientel das Gefühl zu vermitteln, dass deren Interessen in Bonn vertreten würden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Integration in das demokratische System im Rahmen eines Wirtschaftswachstums vollzog, das viel Spielraum bot. Vor diesem Hintergrund konnten sich Bauern und Bäuerinnen nicht mehr nur als ›Verlierer‹, sondern auch als ›Gewinner‹ des Wirtschaftsaufschwungs sehen.

Der DBV war – und ist – ein gewichtiger Faktor im politischen Kräftespiel. In der Bundesrepublik stehen die Bauernverbände eindeutig der CDU/CSU nahe. Die bäuerliche Bevölkerung stellt bis heute ein zuverlässiges Wählerpotenzial für die Unionsparteien dar, wählten doch in den fünfziger und sechziger Jahren 60 bis 70 Prozent der Bauern und Bäuerinnen die CDU/CSU.<sup>22</sup> Eine Untersuchung für das Jahr 1986 weist sogar eine Parteipräferenz der Landwirte zugunsten der CDU von 87 Prozent auf.<sup>23</sup> Obwohl sich das Agrarprogramm der SPD in den fünfziger Jahren nicht sonderlich von dem der CDU unterschied, gelang es der SPD nicht, mehr als zehn Prozent der landwirtschaftlichen Wähler für sich zu gewinnen.<sup>24</sup> Führende Bauernvertreter sind fast ausschließlich Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion. Auch die Parteizugehörigkeit landwirtschaftlicher Abgeordneter im Bundestag weist deutlich auf die Verbundenheit mit der CDU hin.<sup>25</sup> Dank einer gezielten Lobbypolitik konnte der DBV seinen Einfluss auf die Abgeordneten im Bundestag trotz des absoluten Rückgangs der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen bewahren. Während in der ersten Legislaturperiode der Landwirtschaftssektor im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten eher unterrepräsentiert war, konnte in den folgenden Jahren die Zahl der Vertreter der Landwirtschaft erhöht werden.<sup>26</sup> Die Mehrheit der Repräsentanten waren darüber hinaus DBV-Mitglieder oder gar Präsidenten eines regionalen Landesverbands.<sup>27</sup>

Eine wichtige Rolle spielen landwirtschaftliche Interessengruppen für die Arbeit in den parlamentarischen Ausschüssen. Von den 27 Mitgliedern des Bundestagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gehörten sechzehn dem DBV an. Einzelreferate im Landwirtschaftsministerium werden zum Teil von Mitgliedern der Agrarverbände geleitet, zudem hat der DBV Vertreter in zahlreichen Beiräten.<sup>28</sup> DBV-Vertreter werden bei der Vorbereitung von Gesetzesvorlagen und bei öffentlichen Anhörungen im Bundestag als Experten herangezogen. Aufgrund dieser Präsenz des DBV in Gremien, Ausschüssen und Beiräten sprechen Kritiker auch von einer »institutionalisierte(n) Interessengruppe«, die weitreichende Herrschaftsfunktionen ausübe.<sup>29</sup> Die Gefahr, dass die Verbände zu mächtig und die Politiker zu sehr beeinflusst würden, ist wiederholt artikuliert worden. Besonders in der jungen Bundesrepublik schienen die demokratischen Mechanismen zu zerbrechlich, um der Macht der Verbände zu widerstehen.<sup>30</sup> In den fünfziger und sechziger Jahren arbeitete der DBV besonders eng mit ›seinem‹ Ministerium, dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zusammen. Wie die Nominierung des ersten Landwirtschaftsministers zeigt,<sup>31</sup> war die Besetzung dieser Führungsfunktion in hohem Maß von der Zustimmung des DBV abhängig. Nicht selten versuchte Reh-

winkel auch direkt auf den Bundeskanzler einzuwirken und seine Kandidaten durchzusetzen.<sup>32</sup>

Der Einfluss des DBV auf die Agrarpolitik wird besonders deutlich an der Diskussion um das Kernstück agrarischer Gesetzgebung in der Nachkriegsära: das Landwirtschaftsgesetz des Jahres 1955. Angesichts der gesetzlichen Verankerung einer notwendigen Staatshilfe für die Landwirtschaft und der daraus resultierenden Teilhabe am Wirtschaftsaufschwung bestand für den Rückgriff auf außerparlamentarische Mittel – im Unterschied zum Ende der zwanziger Jahre – wenig Anlass. Die Nähe des DBV zu den demokratischen Parteien, insbesondere zur CDU, hat zweifellos die Legitimität systemkonformer Protestformen gefestigt. Als Anfang der fünfziger Jahre der Wirtschaftsaufschwung einsetzte, wurden die Disparitäten zwischen dem landwirtschaftlichen und dem industriellen Sektor offenkundig. Während sich die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten dramatisch verringerte, fielen auch die Löhne derjenigen, die in der Landwirtschaft verblieben, immer weiter hinter die Industrielöhne zurück.<sup>33</sup> Der DBV stellte daher Ende 1953 einen Gesetzentwurf vor, der den Paritätsgedanken – das heißt ein ausgeglichenes Verhältnis der Agrarpreise zu den Betriebsmittelpreisen – verankern sollte. Die im Bundestag vertretenen Parteien unterstützten den Vorschlag; allerdings favorisierten die beratenden Ausschüsse eine eher unverbindliche Linie: Das Gesetz sollte der Landwirtschaft keinen Rechtsanspruch auf Kostendeckung einräumen, sondern lediglich einen Beitrag zur Bewältigung bestehender Probleme leisten.<sup>34</sup> Bei der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes am 8. Juli 1955 im Bundestag wurde das Landwirtschaftsgesetz mit nur zwei Gegenstimmen angenommen. Vergleichbare Einmütigkeit hat es im Deutschen Bundestag nur selten gegeben.<sup>35</sup>

Das Landwirtschaftsgesetz verpflichtete die Bundesregierung, jährlich einen Bericht vorzulegen, der die Lage der Landwirtschaft beschrieb und Maßnahmen zum Ausgleich der »naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile der Landwirtschaft« vorschlug.<sup>36</sup> Die soziale Lage der bäuerlichen Bevölkerung sollte derjenigen anderer vergleichbarer Berufsgruppen angeglichen und die Teilnahme am wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht werden – wenn auch nicht von einer »Parität« im Sinne des DBV die Rede war. Als geeignete Mittel zur Verbesserung der bäuerlichen Lage waren Steuererleichterungen, Investitionsbeihilfen, Anreize zur Modernisierung und verschiedene Sozialleistungen vorgesehen. Auch die Preisstützung für bestimmte Agrarprodukte schloss die Bundesregierung in das Bündel der Maßnahmen ein.

Obwohl sich in den folgenden Jahren die landwirtschaftlichen Löhne nicht den Industrielöhnen angleichen, kann das Landwirtschaftsgesetz doch als ein Erfolg für die Landwirtschaft gewertet werden. Der Anteil der Subventionen für den Agrarsektor erhöhte sich von 2,1 Prozent des Bundeshaushalts im Jahr 1955 über 3,9 Prozent im Jahr 1956 und auf 5,8 Prozent im Jahr 1957.<sup>37</sup> Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse stiegen an, und die »Preis-Kosten-Schere« zwischen Erzeugerpreisen und Preisen für landwirtschaftliche Betriebsmittel konnte weiter geschlossen werden. Der Lebensstandard landwirtschaftlich Beschäftigter näherte sich

dem der in der Industrie arbeitenden Bevölkerung an, und zumindest Mittel- und Großbauern war es möglich, am allgemeinen Aufwärtstrend teilzunehmen. Allerdings wuchs die innerlandwirtschaftliche Disparität, die sich in der kontinuierlichen Zusammenlegung von Betriebsflächen und dem fortwährenden Rückgang der Zahl der Kleinbetriebe niederschlug.<sup>38</sup>

Das Landwirtschaftsgesetz setzte in vielerlei Hinsicht die protektionistische Agrarpolitik fort; gleichzeitig forcierte es jedoch auch den ›Strukturwandel‹. Zwar wurde von der Bundesregierung nach wie vor lautstark der bäuerliche Familienbetrieb als die ideale Betriebsform propagiert und die »Erhaltung eines gesunden Bauernstandes« als Leitidee ausgegeben, doch die Zusammenlegung von Höfen und die Spezialisierung des Anbaus wurden im Zuge einer tatkräftigen Strukturpolitik unterstützt. Die ›Kunst der Agrarpolitik‹ bestand nun darin, dem Bauern die Betriebsumstellung oder die Abwanderung zu erleichtern. Übergangsmaßnahmen gaben Kleinbauern Zeit und Gelegenheit, zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu finden, ohne ihren Betrieb völlig aufgeben zu müssen. Nachdem zuerst familienfremde Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgewandert waren, suchten nun auch Familienmitglieder Arbeit in Industrie und Gewerbe. Zurück blieben vielfach ein Bauer oder eine Bäuerin, die die Landwirtschaft nur noch als Teilzeit- und Nebenbeschäftigung betrieben. Begünstigt durch die Arbeitsmarktlage im industriellen Sektor gestaltete der Staat den ›Strukturwandel‹ sozialverträglich und verhinderte auf diese Weise die drohende soziale Verelendung und politische Radikalisierung. Anders als in der Kaiserzeit oder der Weimarer Republik haben die staatlichen Subventionen zur Eingliederung der bäuerlichen Bevölkerung in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft beigetragen. Das Landwirtschaftsgesetz schuf die notwendigen Rahmenbedingungen, unter denen die Bauern und Bäuerinnen den Staat nicht als Gegner sahen: Er ermöglichte ihnen als Akteuren des Wandels die Wahl zwischen mehreren Optionen; zudem ließ er sie, in unterschiedlichen Maßen, vom ›Strukturwandel‹ profitieren. Auf diese Weise hat das Landwirtschaftsgesetz zur politischen und sozialen Eingliederung der Bauernschaft beigetragen.

Ein besonderer Erfolg war das Landwirtschaftsgesetz auch auf parteipolitischer Ebene. Es stellte einen gelungenen Kompromiss divergierender Interessen dar, den alle beteiligten Parteien und Interessengruppen – trotz mancher Kritik – mittragen konnten. Die Unterstützung des Gesetzes seitens aller demokratischen Parteien verdeutlicht, dass die Notwendigkeit einer politisch verlässlichen ländlichen Bevölkerung unumstritten war – selbst dann, wenn beträchtliche Kosten damit verbunden waren. Kritik an den großzügigen Beihilfen und Subventionen wurde erst in den siebziger und achtziger Jahren laut, als die enormen finanziellen Summen nicht mehr zur Verfügung standen.

Mit dem Landwirtschaftsgesetz war eine wichtige Voraussetzung für die politische und soziale Eingliederung der Bauernschaft in die Bundesrepublik geschaffen worden. Seinen Abschluss fand dieser Prozess in der Einbindung der deutschen Landwirtschaft in einen europäischen Agrarmarkt, wie er in den Römischen Verträ-

gen von 1957 anvisiert wurde. Dies hat den Balanceakt zwischen Systemkonformität und -opposition eindeutig zugunsten des Systems entschieden. Die deutsche Bauernfrage, die unterschwellig seit dem Ende des 19. Jahrhundert virulent gewesen war, konnte entschärft werden. Und dies kann nicht nur als ein Nebeneffekt des ›Strukturwandels‹ in den fünfziger Jahren verstanden werden; es war vielmehr ein hart erarbeiteter Kompromiss zwischen Bauern und Bäuerinnen, deren Interessenvertretung und den politischen Parteien. Innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) stellte sich nun die neue Aufgabe, die Auswirkungen einer europäischen Agrarpolitik für die deutsche Landwirtschaft verträglich zu machen.<sup>39</sup> Deutsche Vertreter in Brüssel, allen voran der Landwirtschaftsminister, wurden als Fürsprecher deutscher Agrarinteressen in Anspruch genommen. Proteste der Bauernbewegung richteten sich von nun an gegen den bürokratischen Apparat der EWG – nicht gegen die Regierung in Bonn. Auch der DBV passte sich dieser neuen Situation an und konzentrierte seinen Lobbyismus ganz auf die deutschen Vertreter in Brüssel. Der DBV erkannte darüber hinaus, dass die gemeinsame europäische Agrarpolitik letztendlich den eigenen Interessen sehr entgegen kam. Agrarpreise wurden auf hohem Niveau festgeschrieben, was den Agrarprotektionismus auf europäischer Ebene fortsetzte. Bauern und Bäuerinnen wurden auf diese Weise nicht nur in die deutsche Gesellschaft, sondern auch in den europäischen Markt integriert. Die ›deutsche Agrarfrage‹, die den Deutschen und der Welt seit Bismarck erhebliche Probleme beschert hatte, hatte eine vorläufige Antwort gefunden.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttosozialprodukt sank von 10,2 Prozent im Jahr 1950 auf 5,75 Prozent im Jahr 1960. Gleichzeitig stieg die Unterstützung des Sektors durch den Bund von 317 Millionen DM (1953) auf 2.684 Milliarden DM (1959). Vgl. Andreas Eichmüller, *Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung in Bayern. Ökonomischer und sozialer Wandel 1945-1970. Eine vergleichende Untersuchung der Landkreise Erding, Kötzing und Obernburg*, München 1997, 77; Karl-Heinrich Hansmeyer, *Finanzielle Staatshilfen für die Landwirtschaft. Zur Theorie einer sektoralen Finanzpolitik*, Tübingen 1963, 364.
- <sup>2</sup> 1950 waren fast ein Viertel (22,7 Prozent) der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. Innerhalb von zehn Jahren verringerte sich ihr Anteil auf 13,7 Prozent. Vgl. Werner Abelshäuser, *Die langen Fünfziger Jahre: Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949-1966*, Düsseldorf 1987, 88; Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hg., *1. Grüner Bericht*, Bonn 1956, 35.
- <sup>3</sup> Zur politischen Stimmung in der Landwirtschaft in der Weimarer Republik siehe u. a. Jürgen Bergmann u. Klaus Megerle, *Protest und Aufruhr der Landwirtschaft in der Weimarer Republik (1924-1933). Formen und Typen der politischen Agrarbewegung im regionalen Vergleich*, in: Jürgen Bergmann u. a., Hg., *Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*, Opladen 1989, 200-287. Zum Wahlfeldzug der NSDAP auf dem Lande siehe u. a. Horst Gies, *The NSDAP and Agrarian Organizations in the Final Phase of the Weimar Republic*, in: Henry A. Turner, Hg., *Nazism and the Third Reich*, New York 1972, 45-88 und John E. Farquharson, *The Plough and the Swastika. The NSDAP and Agriculture in Ger-*

many 1928-1945, London u. Beverly Hills 1976.

<sup>4</sup> Für eine ausführliche Diskussion des größeren gesellschaftlichen Zusammenhangs siehe meine Dissertation Gesine Gerhard, *Peasants into Farmers: Agriculture and Democracy in West Germany*, unveröffentlichte phil. Diss., University of Iowa, Iowa City 2000.

<sup>5</sup> Erster Präsident des DBV war Andreas Hermes (1948-1954). Nach einer fünfjährigen Übergangszeit übernahm Rehwinkel den alleinigen Vorsitz (1959-1969).

<sup>6</sup> Zum DBV siehe u. a. Paul Ackermann, *Der deutsche Bauernverband im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik. Die Einflussnahme des DBV auf die Entscheidung über den europäischen Getreidepreis*, Tübingen 1970 und Rolf G. Heinze, *Verbandspolitik zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl. Der Deutsche Bauernverband, Gütersloh 1992.*

<sup>7</sup> Erst in den achtziger Jahren kam es zu einer nennenswerten oppositionellen Bewegung, der *Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft*. Als Dachorganisation der Agraropposition tat sich 1988 das *Agrarbündnis* zusammen. Siehe die Homepage [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de).

<sup>8</sup> Herbert Kötter, *Die Landwirtschaft*, in: Werner Conze u. M. Rainer Lepsius, Hg., *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem*, Stuttgart 1983, 115-142, hier 136.

<sup>9</sup> Vgl. Jens-Peter Gabriel, *Grundstrukturen agrarpolitischer Willensbildungsprozesse in der Bundesrepublik 1949-1989*, Opladen 1993, 67. Siehe auch Peter von Blanckenburg, *Berufszufriedenheit und Unbehagen in der Landwirtschaft*, in: *Soziale Welt* 9 (1958), 29-65. Für die fünfziger Jahre belegen Untersuchungen auch eine soziale Homogenität innerhalb der Berufsgruppe. So kamen Landwirte meist aus bäuerlichen Familien, fanden ihre Heiratspartner in der bäuerlichen Schicht und besaßen oft ähnliche Wertvorstellungen. Vgl. Peter Exner, *Beständigkeit und Veränderung. Konstanz und Wandel traditioneller Orientierungs- und Verhaltensmuster in Landwirtschaft und ländlicher Gesellschaft in Westfalen 1919-1969*, in: Matthias Frese u. Michael Prinz, Hg., *Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven*, Paderborn 1996, 279-326.

<sup>10</sup> DBV, Hg., *Der Deutsche Bauernverband: Seine Mitglieder und andere landwirtschaftliche Organisationen*, Bonn 1987, 40.

<sup>11</sup> 1962 erschienen diese Veröffentlichungen in einer Auflage von 650.000, die Zahl der Leser gibt Ackermann mit 2,4 Millionen an. Ackermann, *Bauernverband*, wie Anm. 6, 36.

<sup>12</sup> In einer Rede aus dem Jahr 1957, in der Rehwinkel wiederholt diese Bauerntumsideologie heraufbeschworen hatte, betonte er, dass er nicht die Worte der Blut-und-Boden Ideologie benutzen wollte, da sie von den Nationalsozialisten in Verruf gebracht worden wären. Siehe Rehwinkels Nachlass im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover (NStHA), VVP8, Nr. 22.

<sup>13</sup> Für eine ausführliche Darstellung Richard Walter Darrés und seiner Rassenideologie siehe Gustavo Corni u. Horst Gies, *Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*, Berlin 1997. Siehe auch mein Manuskript »Breeding Pigs and People for the Third Reich: Richard Walther Darré's Rural Ideology« (im Erscheinen).

<sup>14</sup> Siehe Rehwinkel in NStHA Hannover, NL Rehwinkel, VVP 8, Nr. 2. Siehe auch *Die Deutsche Bauern-Korrespondenz (DBK)* 9 (1956), 9.

<sup>15</sup> *DBK* 3 (1950), 5. Siehe auch Rehwinkels Brief an Adenauer von November 1955 in Bundesarchiv (BA) Koblenz, B 136, Nr. 8540.

<sup>16</sup> Siehe u. a. Rehwinkel in *DBK* 8 (1955), 3. Vgl. auch *Der Spiegel* 18 (1964) H. 52, 28 und *Kölnische Rundschau* vom 10. November 1955.

<sup>17</sup> So argumentiert Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970*, Göttingen 1988, 134 f.

<sup>18</sup> Vgl. Blanckenburg, *Berufszufriedenheit*, wie Anm. 9, 41.

<sup>19</sup> So etwa in der *Deutschen Zeitung* vom 29. September 1954.

<sup>20</sup> Heinze, *Verbandspolitik*, wie Anm. 6, 86.

<sup>21</sup> Kluge, hier zitiert nach Heinze, ebd.

- <sup>22</sup> Wolfgang Hirsch-Weber u. Klaus Schütz, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Berlin 1957; Erwin Faul, Hg., Wahlen und Wähler in Westdeutschland, Villingen 1960, 209; Hans-Joachim Krekeler, Das Wahlverhalten der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Bundesrepublik: Analyse und Diskussion von Ergebnissen der empirischen Wahlforschung. Ein Beitrag zur ländlichen Soziologie, Bonn 1976, 89.
- <sup>23</sup> Pavel Uttitz, Partizipation und Wahlabsicht der Landwirte in der Bundesrepublik Deutschland - neigen die Landwirte zur Wahlenthaltung?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 18 (1987), 243 ff., 245.
- <sup>24</sup> Krekeler, Wahlverhalten, wie Anm. 22, 89.
- <sup>25</sup> Vgl. Sönke Boysen, Struktur und Einflußmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Abgeordneten in den Parlamenten der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1969, Kiel 1971, 221 f.; Gabriel, Grundstrukturen, wie Anm. 9, 81.
- <sup>26</sup> Siehe Boysen, Struktur, wie Anm. 25, 78; Gabriel, Grundstrukturen, wie Anm. 9, 81.
- <sup>27</sup> Siehe Ackermann, Bauernverband, wie Anm. 6, 70 f.
- <sup>28</sup> Gabriel, Grundstrukturen, wie Anm. 9, 103.
- <sup>29</sup> Ackermann, hier zitiert nach Gabriel, Grundstrukturen, wie Anm. 9, 103.
- <sup>30</sup> Besorgte Stimmen sprachen auch von einer neuen »Grünen Front« im Bundestag. Vgl. Theodor Eschenburg, Herrschaft der Verbände, 2. Aufl., Stuttgart 1963.
- <sup>31</sup> So scheiterte Adenauers erster Kandidat, Hans Schlange-Schöningen, am Widerstand des DBV. Wilhelm Niklas fand hingegen das Wohlgefallen des DBV und wurde ins Amt berufen. Auch Werner Schwarz war ein Kandidat des DBV und konnte 1959 als Nachfolger Heinrich Lübkes durchgesetzt werden. Seine Wiederwahl im Jahr 1963 wäre ohne den Druck des DBV nicht gelungen.
- <sup>32</sup> Siehe Rehwinkels Brief an Adenauer vom 31. Juli 1959, in NStHA Hannover, NL Rehwinkel, VVP 38, Nr. 302 und die Korrespondenz zwischen Adenauer und dem DBV in BA Koblenz, B 136, Nr. 8632.
- <sup>33</sup> Der tarifliche Stundenlohn einer landwirtschaftlichen Arbeitskraft lag im Durchschnitt 30 Prozent unter dem eines Industriearbeiters. Vgl. Ulrich Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 1. Bd., Hamburg u. Berlin 1989, 181 f.; Paul Erker, Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industrialisierungsprozeß, in: Matthias Frese u. Michael Prinz, Hg., Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, 327-360.
- <sup>34</sup> Siehe Gabriel, Grundstrukturen, wie Anm. 9, 136.
- <sup>35</sup> Siehe die Debatte im Bundestag vom 8. Juli 1955 in Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1950, 5434 ff.
- <sup>36</sup> Der »Grüne Bericht« wird seit 1971 »Agrarbericht« genannt.
- <sup>37</sup> Eichmüller, Landwirtschaft, wie Anm. 1, 77 und Hansmeyer, Staatshilfen, wie Anm. 1, 215.
- <sup>38</sup> Seit Mitte der fünfziger Jahre wurden jährlich 200.000 Hektar zusammengelegt. Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, wie Anm. 33, 248.
- <sup>39</sup> Vgl. speziell zur deutschen Politik und dem europäischen Agrarmarkt Gisela Hendriks, Germany and European Integration. The Common Agricultural Policy: an Area of Conflict, New York u. Oxford 1991.